

Stellungnahme S0281/11 Anlage 1

Beispiele für verschiedene Formen der Bürgerbeteiligung

Das Bürgerpanel – eine repräsentative Methode der Bürgerbeteiligung

Bürgerbeteiligung, wie sie momentan in Deutschland praktiziert wird, ist gekennzeichnet durch ein heterogenes Spektrum an Beteiligungsformen, die sich ausdrücklich an individuelle Bürgerinnen und Bürger richten. Hierzu gehören Bürgerversammlungen, Planungszellen, Foren, Nachbarschaftsprojekte, etc. Erfahrungen in der Praxis verdeutlichen, dass diese Ansätze die Bürgerschaft nur punktuell aktivieren und kein repräsentatives Meinungsbild wiedergeben. Auch bauen die vorhandenen Beteiligungsformen vielfach hohe Beteiligungsschwellen und -hemmnisse auf, die oft nur diejenigen nehmen können, die ein besonderes Interesse an einem Thema haben oder eine extreme Meinung vertreten. Das große Beteiligungspotenzial, das in der Bevölkerung vorhanden ist, kann auf diese Weise nicht ausgeschöpft werden.

Bürgerpanels sollen diese Mängel reduzieren. In einer Reihe von Ländern (etwa in Großbritannien und den Niederlanden) sind Bürgerpanels schon etabliert und können auf ein hohes Aktivierungspotenzial verweisen. Ein Bürgerpanel besteht in seinem Kern aus einer regelmäßig (3-4 mal jährlich) stattfindenden, repräsentativen Befragung von Bürgerinnen und Bürgern. In einem ersten Schritt wird eine repräsentative Gruppe von 500 bis 1000 Bürgerinnen und Bürgern, die sich einverstanden erklärt haben, über einen Zeitraum von 3 bis 4 Jahren regelmäßig an 3 bis 4 jährlichen Befragungen zu kommunalen Themen teilzunehmen, für den sog. Befragtenpool rekrutiert und befragt.

Wie die vorliegenden Erfahrungen zeigen, können auf den Befragungsansatz nach einer bestimmten Zahl von Befragungen in einem zweiten Schritt intensivere Methoden der Bürgerinnen- und Bürgerbeteiligung aufgesetzt werden. Aus dem Befragtenpool ausgewählte Personen können dann in Gruppendiskussionen, Bürgerforen, Focusgruppen, Interviews und Zukunftswerkstätten bestimmte komplexe Themen genauer erörtern. Diese qualitativen Methoden erfüllen zwar nicht die Bedingungen statistischer Repräsentativität, aber sie ermöglichen, Probleme profilschärfer und detaillierter zu erfassen.

Planungswerkstätten

Eine Planungswerkstatt bewährt sich dann, wenn mit ihrer Hilfe die Ergebnisse für eine konkrete Fragestellung gefunden werden sollen. Einzelne methodische Bausteine bieten hier eine gute Hilfe.

Im Vorfeld einer Planungswerkstatt sollten Gespräche mit den wesentlichen Akteuren geführt werden, um die Interessen der wesentlichen Akteure (Bürgerinnen, Eigentümer, Multiplikatoren) im Vorfeld zu kennen und diese transparent zu machen. Diese Interessenanalyse ist besonders wichtig, wenn durch einen Planungsprozess negative Konsequenzen befürchtet werden oder wenn wichtige Entscheidungsträger mit ins Boot geholt werden sollen. Es empfiehlt sich, die wesentlichen Ergebnisse in einem öffentlichen Bericht (teilweise anonymisiert) zusammenzufassen. Er ist eine wesentliche Grundlage für einen konstruktiven Dialog.

Eine wichtige Voraussetzung für eine gelungene Veranstaltung ist die Klärung der Rollen der Beteiligten. Bürgerinnen und Bürger bringen Ihre persönlichen Interessen und ihre Kenntnisse über die Situation vor Ort im Rahmen der aufgezeigten Handlungsspielräume ein. Die Moderation sorgt dafür, dass die Rahmenbedingungen für den gemeinsamen Dialog stimmen. Sie trägt Sorge für eine Orientierung in Richtung auf die formulierten Ziele und Spielregeln, ist Zeitwächter und vermittelt zwischen den Akteuren. Die Planerinnen und Planer haben eine Berater- und Dienstleisterfunktion. Sie bringen auf Nachfrage ihr fachliches Know-how ein und unterstützen die Bürgerinnen und Bürger bei der Visualisierung ihrer Ideen. Sind politische Vertreter anwesend, so sollten diese in erster Linie die Funktion

von Zuhörern haben. Darüber hinaus haben sie die Aufgabe, die Ergebnisse in ihre politischen Gremien zu tragen und darüber zu beraten.

Stadtteilforen

Der Wunsch nach Beteiligung, nach Diskussion und Handeln in der Stadt ist vor allem dann präsent,

- wenn die Bürger von Entscheidungen direkt betroffen sind,
- wenn die Bürger sich auf einen Ort als Lebensmittelpunkt eingelassen haben,
- wenn die Bürger die Situation vor Ort gut kennen,
- und wenn die Verhältnisse in ihren Zusammenhängen überschaubar sind.

In mittleren bis großen Städten sind die mit diesen Faktoren angesprochenen Dimensionen, nämlich Betroffenheit und Expertentum, weniger auf die Gesamtstadt bezogen vorhanden, sondern betreffen am ehesten den eigenen Stadtteil, sie sind »vor der eigenen Haustür« und nicht irgendwo in der Stadt zu finden.

Gegenstand des Handelns von BürgerInnen im Stadtteil sind all die Dinge, die sie nicht lediglich als einzelne, als KundInnen der Verwaltung betreffen, sondern die die Gesamtsituation im Stadtteil angehen: die Spielplätze und Spielräume für Kinder, die Verkehrsführung, Kinderbetreuung, die Stadtbücherei, die Plätze und Treffpunkte für Erwachsene. Der Stadtteil ist Bezugspunkt und Identifikationsgröße für die Bürger und deshalb prädestiniert, so die These, Ansätze für einen neuen Umgang mit der Stadt zu verorten

Bürgerforen

Bürgerforen bestehen aus 20–25 Personen, die nach dem Zufallsprinzip aus der Bevölkerung ausgewählt und über einen Zeitraum von mehreren Tagen, Wochen oder Monaten zu bestimmten politisch bedeutsamen Fragen Stellung nehmen sollen. Die Idee des Bürgerforums ist aus den von Peter Dienel entwickelten Planungszellen hervorgegangen. Ausgangspunkt ist dabei die Überlegung, dass die meisten Beteiligungsverfahren auf freiwilliger Teilnahme hochmotivierter und zum Teil organisierter Bürger beruhen, sie deshalb keinen repräsentativen Ausschnitt der Bevölkerung widerspiegeln und ihre Ergebnisse folglich auch keine allgemeingültige Bürgermeinung darstellen. Das Auswahlverfahren nach dem Zufallsprinzip, wie es auch bei der Auswahl von Stichproben in der Meinungsforschung angewandt wird, stellt dagegen sicher, dass jeder Bürger aus einer Grundgesamtheit die gleiche statistische Chance erhält, an dem Diskurs aktiv teilzunehmen. Gleichzeitig ist es den ausgewählten Bürgerinnen und Bürger selbst überlassen, ob sie diese Chance nutzen wollen oder nicht. Je nach wahrgenommener Dringlichkeit des Themas nehmen zwischen 5 und 30% der ausgewählten Personen die Einladung zur Mitwirkung in Bürgerforen an.

eGovernment und Transparenz

Das Internet ermöglicht eine bessere Transparenz, Informationen zu Planungen sollten daher aktiv und aktuell im Netz veröffentlicht werden – nicht nur in Tageszeitungen oder Amtsblättern. Das Internet kann außerdem für eine bessere Beteiligung der Betroffenen sorgen.